



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Kayenburg (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerpräsidentin

Äußerungen der Ministerpräsidentin in der Tageszeitung „Die Welt“

In einem Interview in der Tageszeitung „Die Welt“ vom 2. Januar 2001 erklärt die Ministerpräsidentin: „Es kann nicht angehen, dass uns aus Berlin Rechnungen präsentiert werden und von uns gleichzeitig verlangt wird, wir dürften uns nicht wehren, weil wir auch eine rot-grüne Koalition haben, während anderen Ländern, die sich auf die Hinterbeine stellen, geholfen wird. Damit werden wir finanziell immer unbeweglicher.“

Frage 1:

1. Ist dieses Zitat korrekt und ist das Interview autorisiert worden?
Wenn ja:
 - a) Wer verlangt von der Landesregierung, sie dürfe sich nicht wehren, wenn aus Berlin Rechnungen präsentiert werden?
 - b) Sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund dieses Zitats die rot-grüne Koalition in Kiel als Belastung an, wenn es darum geht, für Schleswig-Holstein finanzielle Erleichterungen oder besondere Zuwendungen vom Bund zu bekommen?
 - c) Welchen anderen Bundesländern, die sich „auf die Hinterbeine“ gestellt haben, ist nach Auffassung der Landesregierung durch die Bundesregierung geholfen worden?
 - d) Warum hat sich Schleswig-Holstein nicht auch „auf die Hinterbeine“ gestellt, um finanzielle Hilfe zu bekommen?

Zu den Fragen 1 a bis 1 d

Die Ministerpräsidentin hat sich in ihrem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ (2. Januar 2001) unter anderem zu den finanziellen Belastungen geäußert, die in den letzten Wochen und Monaten auf die Länder zugekommen sind. Sie hat dabei deutlich gemacht, dass die Länder an die Grenze ihrer Belastungsfähigkeit gelangt sind und Schleswig-Holstein nicht bereit ist, Lastenverschiebungen zu Ungunsten des Landes kritiklos hinzunehmen. Auch die Tatsache, dass sowohl in Berlin als auch in Kiel eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen regiert, wird die Ministerpräsidentin nicht daran hindern, in erster Linie immer die Interessen Schleswig-Holsteins im Auge zu behalten. Diese eindeutige Aussage erschließt sich aus dem Kontext des Interviews.

Die Tageszeitung „Die Welt“ berichtet in der o.a. Ausgabe vom 2. Januar 2001 in dem selben Beitrag ferner, dass die Ministerpräsidentin den Grünen als Koalitionspartner in Berlin und Kiel vorwerfe, sich zunehmend auf Kosten der SPD zu profilieren.

2. Trifft diese Berichterstattung zu?

Wenn ja:

- a) Wo und in welchen politischen Sachgebieten sieht die Landesregierung Versuche der Grünen in Kiel, sich auf Kosten der SPD zu profilieren?
- b) Sieht die Landesregierung durch diese Versuche das Klima innerhalb der Koalition als belastet an?
- c) Wie bewertet die Landesregierung die Profilierung der Grünen auf Kosten der SPD im Hinblick auf die in der Geschäftsordnung der Landesregierung festgeschriebene Einheitlichkeit der Regierungspolitik?

Zu den Fragen 2a bis 2c:

Auch hier ergibt sich aus dem Kontext, dass die Ministerpräsidentin Bezug auf die Koalition in Berlin genommen hat. Das Klima innerhalb der Koalition in Schleswig-Holstein ist keineswegs belastet, wie die gute Zusammenarbeit im Kabinett zeigt. Dabei bleibt jedem Koalitionspartner genügend Spielraum zur eigenen Profilierung. Auch für die Koalition in Berlin zeigen alle Umfragen, dass SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu einer guten Zusammenarbeit gefunden und den richtigen Weg eingeschlagen haben.